



II-

364

der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr
und verstaatlichte Unternehmungen

Pr.Zl.5.905/32-I/2-1970

80 / A.B.
ZU 166 / J.
Präz. am 21. Juli 1970ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage des Abgeordneten
zum Nationalrat Linsbauer und Genossen, Nr.166/J-NR-
1970 vom 1.Juli 1970: "Einbau von Zügen des Wiener
Ostbahnhofes in das Wiener Schnellbahnnetz."

Zu obiger Anfrage erlaube ich mir, folgendes mitzuteilen:

Die Einführung des Schnellbahnbetriebes in der Strecke
Wien/Südbahnhof - Erzherzog-Karl-Straße wurde dem Ausbau
der Bahnanlagen für einen solchen Betrieb, vor allem die
Schaffung abgesperrter Bahnsteige und den Einsatz eigener
Sperrschaffner erfordern. Die damit verbundenen Kosten,
auch für die Erhaltung der Anlagen, könnten selbst durch
die zu erwartende Steigerung der heutigen schwachen Fre-
quenzen nicht hereingebracht werden.

Das Problem eines Schnellbahnbetriebes in der genannten
Strecke könnte auch nicht für sich allein, sondern nur im
Rahmen der Großraumplanung und der Verkehrsplanung für den
Ballungsraum Wien gelöst werden. Die Bevorzugung einer ein-
zelnen Strecke hätte nämlich Berufungen jener Bevölkerungs-
kreise zur Folge, welche ebenfalls und mit dem gleichen
Recht an der Realisierung eines Schnellbahnbetriebes in
den für sie in Betracht kommenden Einzugsbereichen nach
Wien (z.B. Westbahn, Franz-Josefs-Bahn, ehemalige Aspang-
bahn u.s.w.) interessiert sind.

./.

Darüberhinaus müßte voreerst für die Abgeltung jener Einnahmefälle vorgesorgt werden, welche bei Einbeziehung anderer Strecken in den derzeit bestehenden Gemeinschaftstarif: Österreichische Bundesbahnen = Wiener Verkehrsbetriebe entstehen müßten. Derzeit beträgt nämlich im Schnellbahnverkehr der Anteil der ÖBB pro VB-Fahrschein, mit welchem der Übergang von der Straßenbahn in die Schnellbahnzüge und umgekehrt zugelassen ist, nur S 1,62. Mit den daraus sich ergebenden Einnahmen könnten weder der Investitionsaufwand amortisiert, noch die durch den Einsatz von Sperrschaffnern erhöhten Personalkosten gedeckt werden.

Wien, am 14. Juli 1970

Der Bundesminister:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Müller', is written over a horizontal line. Below the signature, there is a large, stylized, handwritten mark that resembles a large 'X' or a checkmark.